

Medienmitteilung

Basel, 18. November 2008

Abstimmungsparolen zur FDP-Initiative:

FDP-Initiative für die Wirtschaft nicht von Belang

Der Parolenspiegel zur Abstimmung über das Verbandsbeschwerderecht zeigt, dass die Initiative auf breite Ablehnung stösst. Selbst bei den vermeintlichen Nutzniessern - der Wirtschaft - findet sie wenig Zuspruch findet. Insgesamt sagen 44 Organisationen und Institutionen Nein zur Initiative gegen das Verbandsbeschwerderecht. Darunter der Bundesrat, der National- und Ständerat.

Glaubt man den Argumenten der Initianten, wäre gerade aus Wirtschaftskreisen eine klare Unterstützung der Initiative zu erwarten. Ein Blick auf den Parolenspiegel zeigt aber, dass viele vermeintliche, ökonomische Nutzniesser die Initiative nicht unterstützen.

Von Ablehnung über Desinteresse bis lustloser Unterstützung

Die Organisation der Einkaufszentren-Betreiber, espace.mobilité (Coop, Migros, Ikea etc.) hält beispielsweise fest: „Die Zürcher FDP-Initiative löst die anerkannten, verbleibenden wesentlichen Probleme beim Umweltschutz-Gesetz nicht. Der vom Parlament eingeschlagene Weg ist wesentlich zielführender als die Initiative.“ Auch der Schweizerische Tourismusverband hat Stimmfreigabe beschlossen und am 8. März 2008 festgehalten: „Die Pflicht zur Prüfung der Umweltverträglichkeitsprüfung und das Verbandsbeschwerderecht haben in vergangenen Jahren wesentlich zur Verbesserung der Umweltsituation in der Schweiz beigetragen.“ Besonders erwähnenswert ist weiter, dass auch der Verband Seilbahnen Schweiz die Initiative nicht unterstützt.

Weitere Wirtschaftsorganisationen, welche die Initiative nicht unterstützen, sind: Bauernverband (SBV), Handelskammer beider Basel, Hauseigentümer Verband (HEV), Schweizer Detaillistenverband, Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE). Ein glattes Nein kommt unter anderem vom Bund Schweizer Architekten, dem Gewerbeverband Basel Stadt, dem Hausverein, den Gewerkschaften und von der Agrarallianz. Nicht zu vergessen die FDP-Sektion Genf und die Berner Jungfreisinnigen (Nein-Parolen) sowie die FDP Basel, Schaffhausen und Ticino (Stimmfreigaben). Trotz lustloser Unterstützung von economiesuisse, Gewerbeverband und hotelleriesuisse belegt der Parolenspiegel, dass die Initiative ganz offensichtlich für die Wirtschaft nicht von Bedeutung ist.

Verbandsbeschwerde schafft Ausgleich

Das Beschwerderecht der Umweltorganisationen ist ein Instrument, das natürlicherweise Konflikt beladen ist. Es versucht Ausgleich zu schaffen zwischen unterschiedlichen Interessen. Kein Wunder, dass sich die Umweltverbände damit manchmal unbeliebt machen. Das liegt aber im Wesen der Sache, nämlich dem Ausgleich zwischen Natur nutzen und Natur schützen und wird ganz offensichtlich von relevanten Wirtschaftsvertretern auch so gesehen.

Für weitere Fragen: Beat Jans, Pro Natura, 076 346 86 43; François Turrian, ASPO/BirdLife Suisse, 079 318 77 75; Raimund Rodewald, Stiftung für Landschaftsschutz, 031 377 00 77; Philipp Maurer, Schweizer Heimatschutz, 044 254 57 00; Hans Peter Fricker, WWF, 078 850 19 49.

Mitgliedorganisationen: Aqua Viva + Archäologie Schweiz + Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz + Alpen-Initiative + Equiterre + Greenpeace + Greina-Stiftung + Helvetia Nostra/Fondation Franz Weber+ Mountain Wilderness + Naturfreunde Schweiz + Praktischer Umweltschutz Schweiz + Pro Natura + Rheinaubund + Schweizer Alpen-Club SAC + Schweizerische Gesellschaft für Höhlenforschung + Schweizerische Energie-Stiftung + Schweizerischer Fischerei-Verband + Schweizer Heimatschutz + Schweizer Wanderwege SAW + Stiftung Landschaftsschutz Schweiz + SVS/BirdLife Schweiz + VCS Schweiz + WWF Schweiz.